ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hönekopp, Elmar; Langenbucher, Kristine; Walwei, Ulrich

Research Report

EU-Osterweiterung: Aufholprozess mit Chancen und Risiken

IAB-Kurzbericht, No. 12/2004

Provided in Cooperation with:
Institute for Employment Research (IAB)

Suggested Citation: Hönekopp, Elmar; Langenbucher, Kristine; Walwei, Ulrich (2004) : EU-Osterweiterung: Aufholprozess mit Chancen und Risiken, IAB-Kurzbericht, No. 12/2004, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/158174

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

IAB Kurzbericht

Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit

Ausgabe Nr. 12 / 12.10.2004

In aller Kürze

- Seit Mai 2004 hat die Europäische Union zehn neue Mitglieder. Der Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft in den neuen EU-Ländern ist maßgeblich für das Tempo des anstehenden Aufholprozesses und die Konvergenz in der erweiterten Union.
- Als erstes gilt es, einen beträchtlichen ökonomischen Rückstand aufzuholen: Das durchschnittliche BIP pro Kopf in den neuen Ländern erreicht nicht einmal 50% des bisherigen EU-Durchschnitts.
- Auch Wachstumsraten, die bereits seit 1995 deutlich über dem Durchschnitt der bisherigen EU-15 liegen, haben das Wohlfahrtsgefälle nur graduell verringert.
- Ein ernst zu nehmendes Risiko im Aufholprozess ist die Entwicklung auf den Arbeitsmärkten. Anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in einigen neuen Ländern könnte Humankapital entwerten und zur Abwanderung von Leistungsträgern führen.
- Wie schon innerhalb der EU-15 gibt es allerdings zwischen den zehn neuen Mitgliedsländern erhebliche Unterschiede. Dies gilt für die Wirtschaftslage ebenso wie für den Arbeitsmarkt oder den Stand des sektoralen Strukturwandels.
- Von den Wachstumseffekten, die aus der EU-Erweiterung resultieren, werden die neuen Länder zwar stärker profitieren als die alten. Bis zu einer annähernden wirtschaftlichen Konvergenz ist es aber noch ein langer Weg.

Autor/in

Elmar Hönekopp
Kristine Langenbucher
Ulrich Walwei

EU-Osterweiterung

Aufholprozess mit Chancen und Risiken

Überdurchschnittliche Wachstumsraten in den neuen EU-Ländern machen Arbeitsmarkt- und Strukturprobleme noch nicht wett – Wirtschaftliche Konvergenz bleibt Fernziel

Die jüngste Erweiterung stellt die Europäische Union wirtschaftlich und sozial vor eine große neue Bewährungsprobe. So wuchs die Bevölkerung der Union zum 1. Mai 2004 um rd. 75 Mio. Menschen, was einem Anstieg von 20 Prozent entspricht. Die Fläche der EU vergrößerte sich sogar um 23 Prozent. Die Zunahme des nominalen Bruttoinlandsprodukts war mit 5 Prozent dagegen eher bescheiden. Zudem gibt es zwischen den neuen EU-Ländern erhebliche Unterschiede in Wirtschaft und Arbeitsmarkt.

Inwieweit ist Konvergenz in diesem Bereich für die erweiterte EU eine realistische Perspektive? Mit welchen Chancen und welchen Risiken für die gesamte Union muss in einem künftigen Aufholprozess gerechnet werden? Ausgehend von zentralen, international vergleichbaren Indikatoren für die Performance von Wirtschaft und Beschäftigung werden hier Bestandsaufnahmen gemacht und Entwicklungstendenzen aufgezeigt.

Wirtschaftliche Situation und Entwicklung in den neuen EU-Mitgliedsländern

Die wirtschaftliche Lage der neuen EU-Staaten unterscheidet sich noch beträchtlich von der in der bisherigen EU-15. Die ***Abbildung 1*** *(Seite 2)* zeigt, dass 2003 – gemessen in Kaufkraftparitäten – keines der neuen Mitgliedsländer den Durchschnitt des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf der EU-15 erreicht. Allerdings übertreffen mit dem Mittelmeerstaat Zypern und dem südosteuropäischen Slowenien zwei Länder das wirtschaftliche Niveau des noch am wenigsten entwickelten Staates der bisherigen EU-15, nämlich Portugals. Während Malta als zweiter neuer Mittelmeerstaat ein nur geringfügig niedrigeres BIP pro Kopf als Portugal aufweist, ist bei den anderen sieben mittel- und osteuropäischen Staaten das Wohlstandsgefälle zu Westeuropa erheblich, insbesondere das der baltischen Staaten und Polens. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der bisherigen EU-15 beträgt oft mehr als das zweifache dieser Länder.

Bei der Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf befinden sich die neuen Staaten der EU-15 in einem Aufholprozess, wie ***Abbildung 2*** *(Seite 2)* zeigt. Nach dem Einbruch ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten unmittelbar nach dem Fall des „eisernen Vorhangs" Anfang der 90er Jahre wuchs zwar das Pro-Kopf-Einkommen in den neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten – mit Ausnahme von Tschechien – wesentlich stärker als im westeuropäischen Teil

der Union. Dabei verzeichneten die baltischen Staaten, also gerade die Länder, die bisher das geringste Pro-Kopf-Einkommen aufweisen, die höchsten Wachstumsraten. Das Wohlfahrtsgefälle zwischen der EU-15 und den neuen Staaten hat sich damit aber nur graduell verringert.

Neben der wirtschaftlichen Situation ist auch die Beschäftigungssituation in den neuen EU-Staaten in der Regel ungünstiger als im Westen der EU. Bei genauerem Hinsehen weisen Arbeitsmarktlage und -entwicklung in den neuen Staaten der Union allerdings markante Unterschiede auf.

Arbeitsmarkt

Erwerbstätigkeit

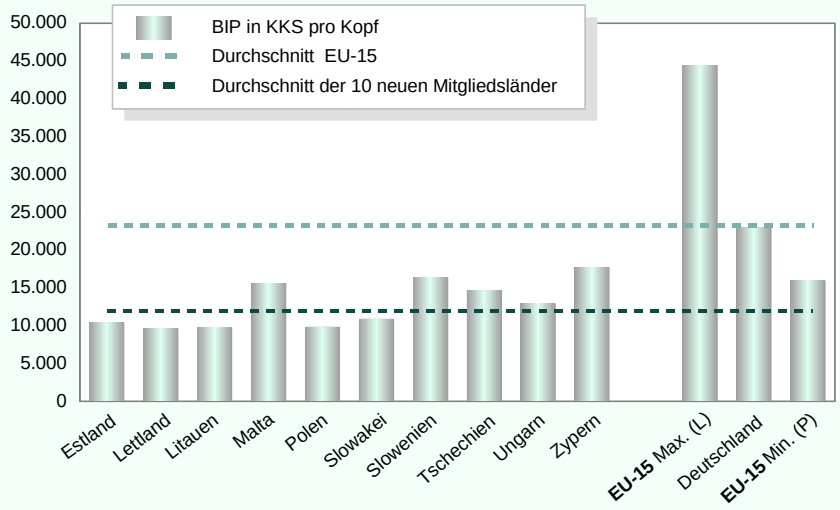
Die Erwerbstätigenquote für den Durchschnitt der neuen EU-Staaten (ohne Malta) lag 2003 um 8,6 Prozentpunkte unter der der bisherigen EU-15. Eine besonders große Abweichung von mehr als 15 Prozentpunkten ergab sich bei der Erwerbstätigenquote jüngerer Arbeitnehmer im Alter von 15 bis 24 Jahren. Auch der Abstand der Erwerbstätigenquoten älterer Arbeitnehmer (54 bis 64 Jahre) zum westeuropäischen Durchschnitt war mit 10 Prozentpunkten erheblich. Geringe Unterschiede gab es dagegen bei den in Mittel- und Osteuropa schon zu sozialistischen Zeiten hohen Frauenerwerbstätigenquoten. In einzelnen Ländern des früheren RWG haben allerdings insbesondere Frauen im Anpassungsprozess verloren, was durch rückläufige Erwerbstätigenquoten zum Ausdruck kommt. Dies gilt vor allem für Ungarn.

Hinsichtlich einzelner Indikatoren liegen einige der mittel- und osteuropäischen Staaten sogar über dem Durchschnitt der bisherigen EU-15. So weisen Tschechien und Slowenien die höchsten Erwerbstätigenquoten insgesamt auf, auch für Frauen. Estland verzeichnet die größte Erwerbstätigenquote bei den Älteren und Lettland bei den Jüngeren. Besonders ungünstige Beschäftigtendaten zeigen sich dagegen durchgehend für Polen. In allen Kategorien liegt das Land nicht nur deutlich unter dem Durchschnitt der EU-15, sondern – mit Ausnahme der Frauenerwerbstätigenquote – auch noch klar unter dem ungünstigsten Wert in der EU-15 (*vgl.* ***Tabelle 1***).

Abbildung 1

Bruttoinlandsprodukt der 10 neuen Mitgliedsländer im europäischen Vergleich

- 2003 in Euro-Kaufkraftstandards (KKS) pro Kopf -

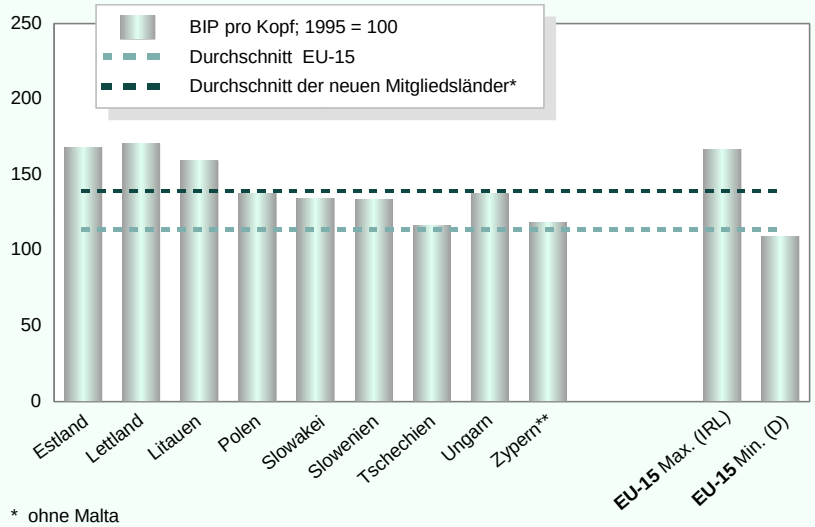


Quelle: Eurostat, Newcronos; eigene Auswertung und Darstellung © IAB

Abbildung 2

Veränderung des realen BIP pro Kopf 1995 bis 2003 in den neuen Mitgliedsländern

- Indexwerte; 1995 = 100 -



* ohne Malta
** geschätzter Wert
Quelle: Eurostat, Newcronos; eigene Auswertung und Darstellung © IAB

Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenquoten sind erwartungsgemäß das Spiegelbild der Erwerbstätigenquoten. Der Durchschnitt der neuen Mitgliedsländer lag 2003 deutlich über dem Mittelwert der bisherigen EU-15. Von den mittel- und osteuropäischen Ländern weisen Ungarn, Slowenien und Tschechien die niedrigsten Arbeitslosenquoten auf. Besonders hohe Arbeitslosenquoten verzeichneten dagegen die Slowakei und wiederum Polen.

Beschäftigung nach Wirtschaftssektoren

Informationen über die Beschäftigung nach Wirtschaftssektoren (*Tabelle 1*) zeigen, dass in den neuen EU-Ländern das produzierende Gewerbe und die Landwirtschaft – trotz des jeweils rückläufigen Trends – noch eine bei weitem größere Rolle spielen als in der EU-15. Dies gilt im produzierenden Gewerbe vor allem für Tschechien und Slowenien und hinsichtlich der Landwirtschaft insbesondere für Polen und Litauen. Die Wirtschaftsstruktur der neuen EU-Staaten offenbart damit Potenziale zur Steigerung der Produktivität im primären und sekundären Sektor und zur Entwicklung unternehmens- und personenbezogener Dienstleistungen.

Beschäftigungsformen

Auch was die Verbreitung bestimmter Beschäftigungsformen angeht, ergibt sich in den neuen EU-Staaten ein differenziertes Bild. Teilzeitbeschäftigung ist dort mit Ausnahme Tschechiens viel seltener als in den bisherigen Mitgliedsländern. Dies entspricht auch dem in der EU-15 beobachtbaren Muster, wonach in weniger entwickelten Ländern Arbeitnehmer nur ungern Teilzeit arbeiten. Die Selbständigenquote ist dagegen in den neuen Ländern wegen des hohen Anteils der Landwirtschaft meist höher als in westeuropäischen Ländern. Rechnet man aber die Selbständigenquote ohne Landwirtschaft, so ergibt sich ein völlig anderes Bild: Der Durchschnittswert für alle neuen Mitgliedsländer (auch für Polen) liegt dann unter dem EU-15-Schnitt. Lediglich Tschechien und Zypern haben außerhalb der Landwirtschaft einen überproportional hohen Selbständigenanteil.

Beschäftigungstrend

Anders als beim Wirtschaftswachstum war in den acht neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern die Beschäftigungsentwicklung von 1995 bis 2003 ungünstiger als im EU-15-Schnitt (*vgl.* ***Tabelle 2****, Seite 4*). Ausnahmen bildeten lediglich Slowenien und Lettland mit einem geringen Erwerbstätigenanstieg sowie Ungarn, das immerhin im Durchschnitt der bisherigen EU-15 lag. Der schwache Zusammenhang von Wachstum und Beschäftigung lässt sich darauf zurückführen, dass ähnlich wie in den neuen Bundesländern nach der Vereinigung das Wirtschaftswachstum vor allem vom Produktivitätsfortschritt getragen wird (jobless growth). In Polen liegt dies am hohen Anpassungsdruck in der Landwirtschaft, in Bergbau und Schwerindustrie. Offenbar wird in dem massiven Strukturwandel (zunächst) mehr Beschäftigung abgebaut als aufgebaut.

Demographie

Von besonderer Bedeutung für die längerfristige Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung wie für das Wanderungspotenzial in der erweiterten Union ist nicht zuletzt die Demographie der neuen Mitgliedsländer. Entscheidend für die Entwicklung sind Geburtenraten, Lebenserwartung und Wanderungsverhalten.

Geburten

Die Einwohner der neuen Mitgliedsländer sind im Durchschnitt jünger als die Einwohner der bisherigen EU-Staaten. Dies ist damit zu erklären, dass die Geburtenraten bis in die achtziger Jahre hinein über denen Westeuropas lagen. In der folgenden Dekade sanken jedoch im Zuge des politischen Systemwechsels

Tabelle 1

Arbeitsmarktindikatoren 2003 für die 10 neuen Mitgliedsländer im europäischen Vergleich

Länder	Erwerbstätigenquote (in % der jeweiligen Bevölkerung)					Erwerbslosenquote (nach ILO; in % der Erwerbspersonen)				Beschäftigung in den Wirtschaftssektoren (in % der Gesamtbeschäftigung)			Beschäftigungsform (in % der Gesamtbeschäftigten)			
													Selbständige*			
	Gesamt (15-64)	Jugendliche (15-24)	25- bis 54-Jährige	Ältere (55-64)	Frauen (15-64)	Gesamt	Jugendliche (15-24)	Frauen	Langzeitarbeitslose	Dienstleistungssektor	Produzierendes Gewerbe	Primärer Sektor	insgesamt	ohne Landwirtschaft	Teilzeitbeschäftigung	Befristete Arbeitsverhältnisse
Ø neue ML	55,8	24,3	72,6	31,7	50,2	14,3	---		---	56,3	31,3	12,4	17,7	9,0	---	---
Estland	62,9	29,3	77,8	52,3	59,0	10,1	22,9	10,0	4,6	61,5	32,3	6,1	8,1	6,4	8,5	2,5
Lettland	61,8	31,5	77,7	44,1	57,9	10,5	17,6	10,7	4,3	60,8	25,8	13,4	9,5	5,0	10,3	11,1
Litauen	61,1	22,5	78,9	44,7	58,4	12,7	27,2	13,3	6,1	54,1	28,0	17,8	17,1	6,2	9,6	7,2
Malta	54,2	47,2	61,8	32,5	33,6	8,2	19,8	11,3	3,5	---	---	---	13,8	12,5	---	---
Polen	51,2	21,2	67,5	26,9	46,0	19,2	41,1	20,0	10,7	53,0	28,6	18,4	21,7	9,9	10,5	19,4
Slowakei	57,7	27,4	76,0	24,6	52,2	17,1	32,9	17,4	11,1	61,5	34,1	4,4	9,4	9,0	2,4	4,9
Slowenien	62,6	29,1	82,5	23,5	57,6	6,5	15,9	7,1	3,4	52,3	36,9	10,9	9,8	6,6	6,2	13,7
Tschechien	64,7	30,0	81,7	42,3	56,3	7,8	18,6	9,9	3,8	56,1	39,4	4,5	16,7	15,9	5,0	9,2
Ungarn	57,0	26,8	73,7	28,9	50,9	5,8	13,1	5,5	2,4	62,3	31,9	5,8	12,8	11,2	4,4	7,5
Zypern	69,2	37,6	82,6	50,4	60,4	4,4	10,6	5,1	1,1	---	---	---	20,2	17,6	---	---
Ø EU-15	64,4	39,9	77,2	41,7	56,0	8,1	15,6	9,0	3,3	71,0	25,0	4,0	14,2**	12,1**	18,6	12,8
EU-15 Max.	75,1 (DK)	67,9 (NL)	84,5 (A)	68,6 (S)	71,5 (S)	11,3 (E)	27,0 (I)	15,9	5,1 (GR)	80,0 (UK)	33,8 (P)	16,1 (GR)	32,4 (GR)	21,5 (GR)	45,0 (NL)	30,6 (E)
Deutschland	65,0	44,5	78,1	39,5	59,0	9,6	10,1	9,2	4,6	70,3	27,2	2,4	10,4	9,6	22,3	12,2
EU-15 Min.	56,1 (I)	25,2 (I)	70,7 (I)	28,1 (B)	42,7 (I)	3,7 (L)	6,8 (NL)	4,0	0,9 (L)	53,8 (P)	19,0 (UK)	0,9 (UK)	8,4 (DK)	6,7 (DK)	4,3 (GR)	4,5 (L)

* Erwerbstätige aller Altersgruppen ** ohne Niederlande

Quelle: Eurostat, Newcronos; Eurostat, Arbeitskräfteerhebung 2003; eigene Auswertungen und Berechnungen.

Anfang der neunziger Jahre die sog. „Gesamtgeburtenraten“[1] mit 1,1 bis 1,4 auf die weltweit niedrigsten Werte (im Vergleich dazu EU: 1,5). Ob Familienpläne einfach nur verschoben oder aufgehoben wurden, wird man aber erst 2020 beurteilen können. Dann wird sichtbar, ob die Frauen jener Jahrgänge tatsächlich deutlich weniger Kinder bekommen haben oder nur später.

Lebenserwartung

Unterschiede zum Westen ergeben sich in Osteuropa auch mit Blick auf die Lebenserwartung. Während sie im Westen zuletzt ständig zunahm und wohl auch weiter zunehmen wird, stagnierte sie in den meisten neuen EU-Staaten (mit Ausnahme von Slowenien).

Aus beiden Faktoren (Geburtenraten und Lebenserwartung) resultiert in den neuen EU-Ländern genau wie in den Staaten der bisherigen EU zwangsläufig ein Rückgang der Bevölkerung – auch wenn dieser dort in einigen Ländern erst etwas später zum Tragen kommen wird. Die Entwicklung des für den Arbeitsmarkt wichtigen Bevölkerungsteils der 15- bis 64-Jährigen zeigt für fast alle neuen Mitgliedsländer bereits jetzt abnehmende Tendenz. Auch Polen und die Slowakei werden diesem Trend ab 2010 bzw. 2015 folgen.

Wanderungen

Inwieweit sich der Bevölkerungsrückgang durch Abwanderung aus den mittel- und osteuropäischen Staaten verstärken wird, ist fraglich. Zum einen entwickeln sich die neuen Mitgliedstaaten zunehmend von Auswanderungs- zu Einwanderungsländern (Ausnahmen: Lettland, Litauen und Polen), weil der Wanderungsdruck in östlichen Ländern wie Russland, Weißrussland, Ukraine und Moldawien hoch ist. Zum anderen deuten vorliegende Schätzungen auf ein begrenztes Wanderungspotenzial in den neuen EU-Staaten hin. Einschlägige Studien beziffern die maximale Nettozuwanderung nach Westeuropa auf Größenordnungen von 1 bis 1,5 Mio. in einem Zeitraum von 15 Jahren. Dabei ist allerdings zu beachten, dass – anders als in den Untersuchungen angenommen – die Arbeitskräftefreizügigkeit erst in Schritten bis 2011 eingeführt wird und Auswirkungen ohnehin von eher regionaler Bedeutung sein dürften (Deutschland, Österreich und Finnland). Entsprechend den Entwicklungen in der bisherigen EU wird man von einer zunehmenden Mobilitätsbereitschaft Besserqualifizierter ausgehen können. Deshalb dürfte die Abwanderung weniger ein Problem für die Zielländer in Westeuropa sein als vielmehr eins für die Herkunftsländer in Mittel- und Osteuropa. Denn diese könnten wertvolles Humankapital verlieren, das sie für einen erfolgreichen Aufholprozess so dringend benötigen.

[1] Die Gesamtgeburtenrate gibt den Querschnitt aus den altersspezifischen Geburtenraten aller Frauen zwischen 15 und 45 Jahren an. Sie illustriert, wie viele Kinder eine Frau haben würde, wenn sie sich dauerhaft so wie die Frauen zum Zeitpunkt der Betrachtung verhielte.

Tabelle 2

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Erwerbstätigkeit und Produktivität in der erweiterten EU – Veränderung von 1995 bis 2003

	Bruttoinlandsprodukt (Index 1995=100)	**Erwerbstätigkeit** (alle Erwerbstätigen, Index 1995=100)	**Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen** (Index 1995=100)
Ø ML-8*	**132,9**	**95,6**	**136,8**
Estland	150,4	93,5	160,8
Lettland	159,1	102,8	154,8
Litauen	151,9	87,7	173,2
Polen	136,5	92,1	148,2
Slowakei	135,3	97,8	138,3
Slowenien	133,9	102,3	130,9
Tschechien	114,9	95,4	120,5
Ungarn	134,7	109,6	122,9
Ø EU-15	**118,0****	**109,3**	**108,0****
Deutschland	110,3	102,3	107,9
Irland	183,9	141,0	130,4

* neue Mitgliedsländer ohne Malta und Zypern
** geschätzte Werte

Quelle: Eurostat (2004), Newcronos; eigene Auswertung.

Einschätzungen und Perspektiven

Aus ökonomischer Perspektive sorgt die Erweiterung der Union für eine zusätzliche Intensivierung des Handels. Für die beteiligten Länder bringt dies Wohlfahrtsgewinne in Form eines geringeren Preisniveaus und einer höheren gesamtwirtschaftlichen Produktion. Den generellen Vorteilen stehen aber spezielle Verteilungseffekte gegenüber. Durch die verbesserte Ausschöpfung komparativer Vorteile gibt es Branchen und zumeist auch Regionen, die begünstigt werden, während andere Sektoren und Gebiete dem Wettbewerb Tribut zollen müssen. Globalisierung und die Integration von Wirtschaftsräumen sind nun mal Triebfedern des sektoralen Strukturwandels, der zu allererst auf nationaler Ebene zu bewältigen ist.

Insgesamt sollte man den ökonomischen Integrationseffekt der gerade vollzogenen EU-Erweiterung aber weder überschätzen noch unterschätzen. Gegen einen allzu starken Erweiterungseffekt spricht, dass die mittel- und osteuropäischen Länder weltweit nur einen, (noch) relativ kleinen Wachstumsmarkt unter anderen (z.B. China, Indien, übriges Osteuropa) bilden – auch wenn die räumliche Nähe zu einigen Ländern der EU-15 wie Finnland, Österreich und Deutschland gewisse Vorteile bringt.

Zudem wurde ein Teil des Integrationseffektes bereits vorweg genommen. Bereits nach dem Fall des „eisernen Vorhangs“ wurde die wirtschaftliche Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten ja so stark vorangetrieben, dass es bereits heute eine enge Handelsverflechtung zwischen den neuen Mitgliedsländern und der bisherigen EU-15 gibt. Auch die Verlagerung von arbeitsintensiven Produktionsstätten hat vermutlich bereits ihren Höhepunkt über-

schritten und wird sich eher noch weiter ostwärts in neue „Niedriglohngebiete“ verschieben.

Der Integrationseffekt der Erweiterung sollte jedoch auch nicht unterschätzt werden. Mittel- und Osteuropa werden aufgrund der räumlichen Nähe zur Auslagerung arbeitsintensiver Produktionsstufen genutzt. Dies ist für alle Beteiligten vorteilhaft, denn kostengünstige Vorprodukte erhöhen hier zu Lande die Wettbewerbsfähigkeit und begünstigen Exporte.

Zudem sorgen Investoren in den mittel- und osteuropäischen Ländern für Wachstum und Produktivitätssteigerungen, was auch Nachfrage im Westen generiert. Die gewünschten Wachstumsimpulse kommen aber nur zurück, wenn in Westeuropa der Strukturwandel in Richtung hochwertiger Produkte forciert wird und auch gelingt.

Die neuen Mitgliedstaaten werden an den Wachstumseffekten (die aus der Intensivierung der Arbeitsteilung in Europa resultieren) mit 8 Prozent bis 18 Prozent des BIP in den nächsten 10 Jahren partizipieren. Das ist deutlich mehr als in der bisherigen EU-15 mit bestenfalls einem Zehntel davon – so eine Schätzung der Europäischen Kommission von 2001.[2]

Es gibt aber auch Risiken für den wirtschaftlichen Aufholprozess. Sie bestehen zum einen in der Bewältigung des sektoralen Strukturwandels, insbesondere der überfälligen Modernisierung der Industrie, dem Aufbau eines leistungsfähigen Dienstleistungssektors und der Umstrukturierung der noch viel zu arbeitsintensiven Landwirtschaft.

Darüber hinaus gibt es in einigen Ländern offenkundig makroökonomische Probleme, die früher oder später einer wirtschaftspolitischen Gegensteuerung bedürfen. So beträgt das staatliche Finanzierungsdefizit in Polen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn deutlich mehr als 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die notwendige Rückführung des negativen Saldos der Staatsfinanzen kann zumindest kurzfristig zu kontraktiven Effekten führen und die Aufholbemühungen bremsen.

Ein weiteres ernstzunehmendes Risiko für den Aufholprozess in den neuen Ländern stellt deren Arbeitsmarktentwicklung dar. Es ist eher wahrscheinlich, dass sich die Arbeitsmarktprobleme – selbst bei dem erhofft starken Wirtschaftswachstum – nicht nur nicht von selbst lösen, sondern zumindest auf absehbare Zeit sogar größer werden dürften. So ist zu befürchten, dass sich infolge der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit der – zumindest formal – gute Ausbildungsstand in den neuen Mitgliedsländern verschlechtern wird, insbesondere durch Abwanderung von Leistungsträgern und Humankapitalentwertung bei längerer Erwerbslosigkeit.

Für die neuen EU-Länder ist somit Erhalt und Ausbau der Funktionsfähigkeit ihrer Arbeitsmärkte eine Aufgabe von größter Bedeutung. Die EU kann sicher mit ihren Struktur- und Sozialfonds Aufbauhilfe leisten, die grundlegenden Probleme aber dadurch nicht wirklich lösen.

Einmal angenommen, die Bewältigung des Strukturwandels, die Lösung makroökonomischer Probleme und die Eindämmung von Arbeitsmarktrisiken gelingen im Großen und Ganzen und es entstehen dabei keine dauerhaften Friktionen. Es wird ganz sicher trotzdem noch lange dauern, bis von wirtschaftlicher Konvergenz in der erweiterten Europäischen Union gesprochen werden kann. Die Simulation in ***Tabelle 3*** zeigt, dass auch im Jahr 2030 das Wohlfahrtsgefälle in bestimmten Teilen der erweiterten EU noch beträchtlich sein dürfte.

Tabelle 3

Simulation der Entwicklung des BIP pro Kopf in den neuen Mitgliedsländern in Relation zum Durchschnitt der EU-15

	2003	2010	2020	2030
Annahmen: BIP-Wachstum 2,5% p.a. in den neuen ML und 1,5% p.a. in der EU-15				
Ø neue ML	0,49	0,52	0,57	0,63
Estland	0,45	0,48	0,53	0,58
Lettland	0,42	0,45	0,49	0,54
Litauen	0,42	0,45	0,50	0,55
Malta	0,67	0,72	0,79	0,88
Polen	0,42	0,45	0,50	0,55
Slowakei	0,47	0,50	0,55	0,61
Slowenien	0,71	0,76	0,83	0,92
Tschechien	0,63	0,67	0,74	0,82
Ungarn	0,56	0,60	0,66	0,73
Zypern	0,76	0,82	0,90	0,99
Annahmen: BIP-Wachstum 3,5% p.a. in den neuen ML und 1,5% p.a. in der EU-15				
Ø neue ML	0,49	0,56	0,68	0,82
Estland	0,45	0,51	0,62	0,76
Lettland	0,42	0,48	0,58	0,70
Litauen	0,42	0,48	0,59	0,71
Malta	0,67	0,77	0,94	1,14
Polen	0,42	0,49	0,59	0,72
Slowakei	0,47	0,54	0,65	0,79
Slowenien	0,71	0,81	0,98	1,19
Tschechien	0,63	0,72	0,88	1,07
Ungarn	0,56	0,64	0,78	0,94
Zypern	0,76	0,87	1,06	1,29

Hinweis: BIP in Kaufkraftstärken; Basisjahr der Berechnung: 2003.
Quelle: Eurostat, Newcronos; eigene Auswertung und Berechnung.

[2] Der zu erwartende stärkere Integrationseffekt für die jüngst beigetretenen Staaten resultiert daraus, dass sich in den Szenarien der Europäischen Kommission der Handel in der erweiterten Union verstärkt und sich die Volkswirtschaften der neuen Mitgliedsländer in Folge des Wettbewerbs Zug um Zug modernisieren.

Dies gilt auch für den Fall, dass das in Kaufkraftparitäten gemessene Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in jedem der neuen Mitgliedsländer um jahresdurchschnittlich 3,5 Prozent steigt. Das wären 2 Prozentpunkte mehr als für die EU-15, aber nach den bisherigen Entwicklungen und aktuellen Prognosen ist das durchaus plausibel.

Dabei sollte allerdings nicht vergessen werden, dass es auch in der bisherigen EU-15 ein beträchtliches Wohlstandsgefälle gibt. Da auch dort Einkommensdisparitäten schon über lange Zeit bestehen und wohl auch weiter bestehen werden, können bei einem stetigen und kräftigen Wirtschaftswachstum die mittel- und osteuropäischen EU-Staaten den westeuropäischen Wohlfahrtskorridor sogar früher erreichen. Es ginge also realistischer Weise zunächst weniger um eine Angleichung als vielmehr um eine Annäherung der ökonomischen Verhältnisse in der erweiterten Europäischen Union.

Als **Fazit** lässt sich festhalten, dass Europa zu allererst eines wirtschaftlichen Erfolges bedarf. Die Dynamik von Wirtschaft und Beschäftigung im östlichen Teil der neuen EU-25 ist dabei ein Garant für politische Stabilität.

Impressum

IAB*Kurzbericht*
Nr. 12 / 12.10.2004

Redaktion
Ulrich Möller, Elfriede Sonntag

Graphik & Gestaltung
Monika Pickel, Elisabeth Strauß

Technische Herstellung
Hausdruckerei der BA

Rechte
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung des IAB gestattet

Bezugsmöglichkeit
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
D-90327 Nürnberg
telefonisch: 0911/179-3025
online: www.iab.de

IAB im Internet:
http://www.iab.de
Dort finden Sie unter anderem auch diesen Kurzbericht im Volltext zum Download

Rückfragen zum Inhalt an
Elmar Hönekopp, Tel. 0911/179-3091,
Dr. Ulrich Walwei, Tel. 0911/179-3083
oder e-Mail: vorname.name@iab.de

ISSN 0942-167X

Literaturhinweise

Borbély, D./Gern, K.-J. (2003): Die EU-Osterweiterung – Makroökonomische Aspekte aus der Sicht der Beitrittsländer, in: Die Weltwirtschaft, H. 4, S. 388-403.

Breuss, F. (2001): Macroeconomic Effects of EU Enlargement for Old and New Members, WIFO Working Paper no. 143, Wien.

Cazes, S./Nesporova, A. (2003): Labour markets in transition, Balancing flexibility & security in Central and Eastern Europe, International Labour Office (ILO), Genf.

Dickmann, N. (2004): Ein demographisches Porträt der osteuropäischen Beitrittsländer, in: iw-trends, Nr. 1, S. 1-10.

Dustmann, Chr./Casanova, M./Fertig, M./Preston, I./Schmidt, Chr. M. (2003): The impact of EU enlargement on migration flows, Home Office Online Report 25/03, London.

European Commission (2001): The economic impact of enlargement, Directorate General for Economic and Social Affairs no. 4, Brüssel.

Europäische Kommission (2004): Eine neue Partnerschaft für die Kohäsion – Konvergenz, Wettbewerbsfähigkeit, Kooperation, Luxemburg.

European Integration Consortium – EIC (Boeri, Tito, Brücker, Herbert, et al.) (2000): The impact of Eastern enlargement on employment and labour markets in the EU member states, study for the European Commission, Berlin and Milano *http://europa.eu.int/comm/dgs/employment_social/enlargement_en.pdf* Eurostat Newcronos (eigene Auswertungen).

Hönekopp, E. (2003): Arbeitsmärkte in den MOE-Ländern – Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf den deutschen Arbeitsmarkt, in: Landwirtschaft und ländliche Entwicklung unter neuen Rahmenbedingungen – EU-Osterweiterung, Arbeitsmarkt, Strukturpolitik, Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen (Agrarsoziale Gesellschaft e.V.) Heft 141, Göttingen.

Krieger, H (2004): Migration trends in an enlarged Europe, European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, Dublin.

United Nations Population Division (2003): World Population Prospects, The 2002 Revision, Volume I: Comprehensive Tables, New York.